



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 06.02.2015

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 12. Februar 2015, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 18.12.2014
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **15-F-33-0012**

Asylbewerber in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 04.02.2015

Die Zahl von Asylbewerbern die nach Wiesbaden kommen ist seit einiger Zeit ansteigend. Für das Jahr 2015 rechnet der Magistrat mit über 1000 neuen Asylbewerbern. Deren Aufenthaltsstatus ist dabei sehr unterschiedlich. Während Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern oder Drittstaaten möglicherweise nicht dauerhaft in Deutschland bleiben, werden andere aufgrund von Krieg und Verfolgung langfristig in Wiesbaden leben. Unabhängig von der erwarteten Aufenthaltsdauer sollten Asylbewerber von Anfang an die Chance zur Integration bekommen. Die zentralen Schlüssel zur Integration sind die deutsche Sprache sowie schulische und berufliche Qualifikationen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache stehen für Asylbewerber
 - a) im Vorschulalter
 - b) im schulpflichtigen Alter
 - c) ab Jahrgangsstufe 8 bis zum Ende der Schulpflicht
 - d) jenseits des schulpflichtigen Alters zur Verfügung?
2. Welche Angebote zur Betreuung von Asylbewerbern im Kindergartenalter gibt es?
3. Wie wird die Beschulung von schulpflichtigen Asylbewerbern geregelt und wie viele Plätze für schulpflichtige Asylbewerber stehen an Wiesbadener Schulen zur Verfügung?
4. Welche Angebote zur Anerkennung vorhandener Bildungsabschlüsse und zur Berufsberatung und –vermittlung sind für Asylbewerber vorhanden?
5. Welche Chancen zur Arbeitsaufnahme haben Asylbewerber in Wiesbaden und welche neuen Möglichkeiten bieten sich nach den Neuregelungen bei ‚Beschäftigungsverbot‘ und ‚Vorrangprüfung‘ durch den Bundesgesetzgeber?
6. Gibt es für Asylbewerber (gegebenenfalls gemeinsame) Angebote der Stadt und von Vereinen in den Bereichen Sport, Musik, etc.?

Bei allen Punkten wird um die Einschätzung des Ist-Standes sowie die Prognose gebeten, ob die städtischen Kapazitäten auch in den kommenden Jahren noch ausreichend vorhanden sind.

5. 15-V-80-2301

DL 05/15-1 NÖ

Ausübung des Rücktritts oder Verlängerung der Rücktrittsfristen betreffend den Grundstückskaufvertrag Parkhaus Rhein-Main-Halle

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 10.2.2015 -

- Zu diesem Punkt findet vor der Stadtverordnetenversammlung eine Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung statt -

6. 15-F-42-0001

Rücktritt vom Kaufvertrag mit der OFB Projektentwicklung GmbH
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bürgerliste Wiesbaden, Unabhängige & FREIE WÄHLER, Linke & Piraten, Bündnis 90/Die Grünen vom 03.02.2015

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Rücktrittsrechte der Stadt Wiesbaden vom Kaufvertrag vom 03.05.2013 mit der OFB Projektentwicklung GmbH über das Grundstück des Parkhauses Rhein-Main-Hallen (Gemarkung Wiesbaden, Flur 120, Flurstücke 13/2, 13/3 und 13/5) bis spätestens 22.02.2015 wahrzunehmen.

7. 15-F-08-0011

Ermäßigte Fahrpreise für Bezieher/innen von Leistungen nach Sozialgesetzbuch im Stadtgebiet Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 04.02.2015 -

Im aktuellen (Voll)Regelsatz SGB II sind 22,53 Euro für Mobilität vorgesehen, für ein Kind zwischen 6 und 14 Jahre 15,55 Euro, für Jugendliche 13,93 Euro.

Derzeit gibt es für Leistungsberechtigte nach SGB II und SGB XII eine ermäßigte ESWE - Monatskarte zum Preis von 53,25 Euro. Eine Bedarfsdeckung ist deshalb nicht gegeben. Die Mobilität kann von vielen Betroffenen nicht hergestellt werden, oder nur unter massiven Einsparungen in anderen Lebensbereichen.

Außerdem hat die Karte massive Einschränkungen gegenüber der regulären Monatsfahrkarte (keine Personenmitnahmemöglichkeit, keine Übertragbarkeit, ...).

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Anpassung des Preises für die ermäßigten Zeitkarten an den für Mobilität im SGB-Regelsatz vorgesehenen aus. Der zu begünstigende Personenkreis soll sein: Leistungsberechtigte nach SGB II, SGB XII, Leistungsberechtigte von Kinderzuschlag oder Wohngeld sowie AsylbLG.
- II. Der Magistrat möge deshalb prüfen und berichten:
 - a. wie viele Personen voraussichtlich insgesamt von der vorgeschlagenen Veränderung profitieren würden
 - b. wie eine solche Anpassung vorgenommen werden könnte
 - c. mit welchen Kosten sie verbunden wäre, bzw.
 - d. ob nicht ggf. eine solche Lösung die Nutzung des ÖPNV in dem Maße erhöhen würde, dass im Ergebnis sogar eine Kostenkompensation zu erreichen wäre,
 - e. was generell gegen einen Wegfall der Beschränkungen gegenüber der regulären Monatskarte spräche.

8. 15-F-05-0002

Eine neue Chance für das Stadtmuseum!
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2015 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt erklärt umgehend den Rücktritt vom Kaufvertrag vom 03.05.2013 mit der OFB Projektentwicklung GmbH betr. Gemarkung Wiesbaden, Flur 120, Flurstücke 13/2, 13/3 und 13/5 wegen der Überschreitung der Frist zur Einreichung eines Bauantrages.
2. Von dem gesamten Grundstücksareal behält die Stadt das Grundstück an der Wilhelmstraße (Gemarkung Wiesbaden, Flur 120, Flurstück 13/5), um dort das Stadtmuseum zu verwirklichen. Bezüglich der restlichen Grundstücke (Gemarkung Wiesbaden, Flur 120, Flurstück 13/2 und 13/3) führt die Stadt ein Bieterverfahren durch mit dem Ziel, diese Grundstücke zum höchstmöglichen Preis zu verkaufen. Sofern eine Veränderung der Grundstücksgrenzen hierfür erforderlich oder sinnvoll ist, wird diese vorgenommen.

3. Mit dem Erlös des neuen Grundstücksverkaufs werden zum einen die nach dem Haushalt bei dem Stadtmuseum noch bestehende Finanzierungslücke geschlossen und zum anderen die Schulbauprojekte finanziert, welche auch von dem früheren Grundstücksverkauf an die OFB Projektentwicklung GmbH profitieren sollten.
4. Das Stadtmuseum wird auf Grundlage der früheren Planungen des Architektenbüros töpfer.bertuleit errichtet. Die Stadt nimmt Kontakt mit dem Architektenbüro auf, damit dieses seinen letzten Entwurf nochmals mit der Maßgabe überarbeitet, die Realisierungskosten zu senken. Im Rahmen dieser Überarbeitung können insbesondere die Depotflächen im Kellerbereich sowie die Gesamtfläche des Museums weiter verringert werden.
5. Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend alle zur Umsetzung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, im Einzelfall erforderliche Ausführungsvorlagen zu erstellen und den fachlich zuständigen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung kontinuierlich über den Fortgang zu berichten.

9. 14-F-09-0004

Einführung eines mobilen Bürgerdienstes

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 24.09.2014 -

Personalausweis beantragen, Wohnsitz an-/ummelden oder Kopien beglaubigen lassen: Wer diese und weitere Dienstleistungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden in Anspruch nehmen will, für den führt kein Weg an Bürgerbüro, Ortsgericht oder Ortsverwaltung vorbei; denn die genannten Dienstleistungen gibt es nicht online. Es gibt jedoch Bürger, die nicht in der Lage sind diese Lokalitäten ohne größere Anstrengungen aufzusuchen, da ihre Mobilität eingeschränkt ist - etwa Senioren, die nicht mehr mobil sind, oder Menschen mit Behinderung. Unsere Gesellschaft altert und die Stadt Wiesbaden sollte ihre Dienstleistungen den Veränderungen anpassen.

Um allen Bürgern auf Dauer die Dienstleistungen anbieten zu können, wäre die Einrichtung eines „Mobilen Bürgerdienstes“ hilfreich. Die Erfahrungen in anderen Städten, zum Beispiel in Recklinghausen sind durchweg positiv. Mit einem „Bürgerkoffer“, welcher von der Bundesdruckerei GmbH angeboten wird, kann der „Mobile Bürgerdienst“ den Bürgerinnen und Bürgern direkt vor Ort - in den eigenen vier Wänden oder auch zum Beispiel in Altenheimen - städtische Leistungen erbringen. Mit der Realisierung des Bürgerkoffers in Wiesbaden hätte die Stadt eine weitere Methode, um die Qualität und Bürgernähe der Stadtverwaltung weiter zu steigern. Benötigt wird nach Angaben der Bundesdruckerei lediglich der Zugriff auf die jeweilige Verfahrenssoftware, zum Beispiel über einen sicheren externen Zugang zum IT-Netz der Kommune.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob ein mobiler Bürgerdienst in Form eines Bürgerkoffers in die bestehende Verfahrenssoftware integriert werden kann
2. zu eruiieren, ob es in der Landeshauptstadt Bedarf für den Einsatz von mobilen Bürgerkoffern gibt - dabei sollen auch die Beschäftigten der betreffenden Ämter abgefragt werden -
- und ggf. die nötige Anzahl, die Anschaffungskosten und laufenden Kosten des „Mobilen Bürgerdienstes“ zu ermitteln
3. bei positiver Einschätzung des Einsatzes von Bürgerkoffern, die Einführung eines „Mobilen Bürgerdienstes“ zeitnah zu realisieren

10. 14-V-14-0002

DL 02/15-2, 69/14-1, ANLAGE

Jahresabschluss und Gesamtabchluss 2012 der LHW - Entlastung

Berichtersteller: Stv. Spallek (CDU)

11. 14-F-38-0001

Aufhebung des Beschlusses Nr. 0483 der Stadtverordnetenversammlung vom 20. November 2014

- Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Linke&Piraten vom 17.12.2014 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss Nr. 0483 (Neubau für das Wiesbadener Stadtmuseum -Abschluss des Mietvertrags) der Stadtverordnetenversammlung vom 20. November 2014 wird aufgehoben.

12. 14-F-08-0057

ANLAGE

Schriftliche Anfrage Nr. 273/2014 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 31.07.2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Verwendung von Haushaltsmitteln für Lesselallee"

13. 14-F-03-0111

ANLAGE

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zu den Vorgängen rund um die Fällung der Kastanienallee auf der Maaraue in Kostheim

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2014 -

14. 14-F-03-0127

ANLAGE

Schriftliche Anfrage 286/2014 der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08. Oktober 2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Fußwegeverbindung Friedrich-Ebert-Allee und Auguste-Viktoria-Straße"

15. 15-F-09-0001

ANLAGE

Schriftliche Anfrage 230/2014 der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 03. Februar 2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Zu erwartende Mehrkosten bei der Wiesbadener Busgesellschaft mbH"

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 14-V-01-0024

DL 01/15-1

Konversionsgebiete Kastel Housing und Station;
Beauftragung Machbarkeitsstudie (Chancen- und Risikoabschätzung)

2. 14-V-10-0030

DL 03/15-1, 02/15-1

Bürgerhaus Delkenheim - Generalsanierung

3. 14-V-12-0001

DL 04/15-1, 17/14-6

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

4. 14-V-12-0008

DL 68/14-1

Bürgerschaftliches Engagement in Wiesbaden 2014

5. 14-V-40-0028

DL 01/15-3

Bericht Kooperationen Schule und Vereine

6. 14-V-40-0054

DL 03/15-2, 02/15-3, ANLAGE

Wilhelm-Leuschner-Schule Dachsanierung L-Bau

7. **14-V-41-0019** **DL 68/14-2**
Stand Baumaßnahme Schlachthof Wiesbaden
8. **14-V-51-0054** **DL 68/14-3**
Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2013
9. **14-V-51-0056** **DL 01/15-4**
Neuer Leistungsvertrag für die Katholischen Kindertageseinrichtungen in Wiesbaden (ohne AKK)
10. **14-V-61-0046** **DL 68/14-4**
Wohnbauflächenentwicklung - Umsetzung der ermittelten Potenziale
11. **14-V-66-0237** **DL 01/15-5**
Bleichstraße - ÖPNV Verlängerung Busspur/Einrichtung Fußgängerschutzanlage
12. **14-V-67-0007** **DL 68/14-5**
Bericht zum Wiesbadener Bestattungswald "Terra Levis"
13. **14-V-70-0014** **DL 01/15-6**
172. Vergleichende Prüfung "Abfallentsorgung in Großstädten"
14. **14-V-80-8009** **DL 01/15-7**
Arbeitsmarktprojekt 'Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen - Greenteam' - Verlängerung 2015 bis 2017
15. **14-V-82-0009** **DL 03/15-6, 02/15-7**
Abwicklung des Hochwasserschadens im Kurhaus
16. **14-V-86-0003** **DL 01/15-8**
Aktualisierung der Wirtschaftsplanung 2015 für den Eigenbetrieb Mattiaqua

17. **15-V-20-0002** **DL 02/15-8**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
18. **15-V-40-0003** **DL 04/15-2, 03/15-7**
Ganztätig arbeitende Schulen nach § 15 Hess. Schulgesetz
19. **15-V-52-0002** **DL 03/15-9, 02/15-10**
Zuschüsse für langlebige Sportgeräte, Verteilung der Restmittel 2014
20. **15-V-52-0003** **DL 03/15-10, 02/15-11**
Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung 2015
21. **15-V-63-0001** **DL 04/15-3, ANLAGE**
Wiesbaden, Karlsbader Platz 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, und 16, Neubau eines Verbrauchermarktes mit Café, Apotheke, Wohnanlage mit 141 Wohnungen und einer 2-geschossigen unterirdischen Großgarage für 358 Stellplätze

Tagesordnung III

1. **14-V-31-0001** **DL 01/15-2**
Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im und am Stadion an der Berliner Straße ("Brita-Arena")
2. **14-V-41-0020** **DL 03/15-3, 02/15-4**
Satzungsänderung der Wiesbadener Musik- und Kunstschule e. V.
3. **14-V-61-0041** **DL 03/15-4, 02/15-5**
Bebauungsplan " Rudolf-Dietz-Straße / Hermann-Hesse-Straße " im Ortsbezirk Naurod -
Satzungsbeschluss -
4. **14-V-61-0043** **DL 03/15-5, 02/15-6**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Seniorenwohnen an der Erlenstraße" im Ortsbezirk Breckenheim
- Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

Tagesordnung IV

1. **14-V-20-0074** **DL 68/14-1 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2014

2. **14-V-20-0079** **DL 03/15-1 NÖ, 02/15-1 NÖ**
Erhöhung einer modifizierten Ausfallbürgschaft

3. **14-V-36-0019** **DL 01/15-1 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates

4. **14-V-80-2322** **DL 03/15-2 NÖ, 02/15-2 NÖ**
Anpassung eines Erbbaurechtsvertrages

5. **14-V-80-2332** **DL 03/15-3 NÖ, 02/15-3 NÖ**
Verkauf eines Grundstücks

6. **14-V-80-2336** **DL 01/15-2 NÖ**
Grundstücksankauf

7. **14-V-82-0011** **DL 03/15-4 NÖ, 02/15-4 NÖ**
1. Wirtschaftsplan TriWiCon; 2. Wirtschaftsplan Rhein-Main-Hallen GmbH; 3. Wirtschaftsplan Wiesbaden Marketing GmbH; 4. Wirtschaftsplan Kurhaus Wiesbaden GmbH; 5. Beschluss der Betriebskommission

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher